

Soziale „Abrüstung“¹¹, Folge der Aufrüstung

In den imperialistischen Hauptländern werden die Sozialtatsachen zusammengestrichen, die zusätzlichen Mittel für die NATO-Hochrüstung werden vor allem auch auf Kosten jener mobilisiert, deren soziale Not ohnehin schon am größten ist.

In den USA gibt es nach offiziellen Statistiken 25 Millionen Menschen, die arm sind. Weitere 40 Millionen leben an der Grenze des Existenzminimums. Obwohl bereits 1980 mindestens 2,1 Milliarden Dollar fehlten, um die Not der Armen wenigstens geringfügig mit staatlichen Gutscheinen für Lebensmittel zu lindern, sollen für den Haushalt 1981/82 die Sozialausgaben generell um 28 Milliarden Dollar gestrichen werden.

So ist vorgesehen:

- Kürzung des Sozialprogramms für Wohlfahrtsempfänger um 10,2 Milliarden Dollar;
- Einsparung von 6,3 Milliarden Dollar durch Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst;
- Reduzierung der Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsprogramme bzw. Arbeitslosenunterstützung um 6,1 Milliarden Dollar;
- Streichung von 3,3 Milliarden Dollar Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nachrichten- und Verkehrsleistungen, was sich in Preiserhöhungen für diese Leistungen niederschlägt;
- Reduzierung der Bildungsausgaben und Senkung der Zuschüsse für Wohngeld und Mietbeihilfen;
- Die Renten sollen in Zukunft versteuert und das Rentenalter für Männer wie Frauen auf 68 Jahre erhöht werden.

In der BRD - so schätzen Wissenschaftler - sind 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung arm. Auch hier regiert der Rotstift in den Sozialtatsachen.

Ab Januar dieses Jahres wurden die Pflichtbeiträge für Renten- und Krankenkassenversicherungen erhöht. 1981 wurden Verbrauchersteuern heraufgesetzt, die staatliche Sparförderung eingeschränkt und Wohnungsbauprämien gekürzt. Für 1982 sind im Gespräch:

- Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 60 Prozent des letzten Nettolohnes;
- Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von drei auf vier Prozent;
- Verdoppelung der Heizölsteuer, Einführung einer Gassteuer, Kürzung des Kindergeldes.

Die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird auch dadurch unterstrichen, daß Lebensmittel gehortet, vernichtet und die Preise bewußt hochgehalten werden. Im BRD-Fernsehen hieß es dazu am 7. Oktober 1980:

„Wir Satten und Reichen türmen nicht nur Butter, sondern auch Milchpulver zu riesigen Bergen mehr als zwei Millionen Tonnen allein im vergangenen Jahr. Durch Milchpulver ließe sich bei akuten Hungersnöten wie gegenwärtig in weiten Teilen Afrikas das Schlimmste verhindern. Doch im letzten Jahr überließ die Europäische Gemeinschaft noch nicht einmal zehn Prozent ihrer Milchpulvervorräte den Hungernden in der Welt. Mehr wird es auch in diesem Jahr nicht sein, obwohl sich der Hunger wie eine Seuche ausbreitet.“

Fünf Millionen Tonnen Früchte wurden in den siebziger Jahren in den Ländern der EG vernichtet. In Frankreich hat der Staat allein im Juli 1980 die Bauern dafür bezahlt, daß sechs Millionen Kilogramm Kartoffeln nicht auf den Markt kamen.

In den USA gelangen nur noch etwa 50 Prozent der Orangen in die Geschäfte. Die andere Hälfte wird vernichtet oder ans Vieh verfüttert.

(NW)

Leserbriefe

Unsere Erfahrungen mit den Kandidaten

In unserer Grundorganisation des VEB Papiermaschinenwerk Freiberg wurden in Vorbereitung und Auswertung des X. Parteitages der SED 18 Jugendliche als Kandidaten in die Reihen der Partei aufgenommen. Jetzt geht es darum, diese jungen Genossen zielgerichtet und wirkungsvoll in die Parteiarbeit einzubeziehen und somit die Kampfkraft der Parteiorganisation zu stärken. Um das voll durchzusetzen, haben wir im Ergänzungsbeschluß zum Kampfprogramm der

Grundorganisation festgelegt, daß nach der Aufnahme der Kandidaten in der Mitgliederversammlung durch den Parteisekretär ein gründliches Gespräch über den Einsatz und die Arbeit der Kandidaten geführt wird. Jeder Kandidat erhält grundsätzlich einen konkreten schriftlichen Parteiauftrag entsprechend seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten, der mindestens einmal im Quartal kontrolliert wird. Verantwortlich dafür ist der Parteisekretär, die Kontrolle wird durch

die APO-Leitung und die Parteigruppe ausgeübt. Der erteilte Auftrag bei der Aufnahme als Kandidat ist zur Aufnahme als Mitglied abzurechnen.

Die politische Qualifizierung wird mit der Kandidatenschulung und dem FDJ-Studienjahr oder dem Parteilehrjahr gesichert. Die Bürger unterstützen aktiv den Kandidaten bei der Erfüllung seines Parteiauftrages und führen dazu mit ihm mindestens einmal im Monat Gespräche. Die Kandidaten werden sofort in die Arbeit in der Parteigruppe und APO einbezogen.

Durch die Parteileitungen und die